

## INTERVIEW

## Liberales Ziel: schwarze Null!

Nach ihrem Erfolg in Niedersachsen geht die FDP mit Zuversicht in die Bundestagswahl. Über die Wahlstrategie seiner Partei sprach Holger Wuchold mit dem arbeitsmarktpolitischen Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Johannes Vogel.

„Im Gegensatz zu CDU und CSU steht die FDP für einen klaren ordnungspolitischen Kurs und für Haushaltskonsolidierung ohne Wenn und Aber.“



Foto: Johannes Vogel / Arne Siemelt

**Trotz des guten Abschneidens Ihrer Partei wurde Schwarz-Gelb in Niedersachsen abgewählt. Wie sehen Sie die Chancen der Koalition im Bund, nach der Bundestagswahl wieder regieren zu können?**

**VOGEL:** Den Ausgang der Wahlen in Niedersachsen sehen wir mit einem lachenden und einem weinenden Auge. Dass die FDP derart stark wieder in den Landtag eingezogen ist und die Einschätzung vieler Beobachter widerlegt hat, war ein toller Erfolg der Wahlkämpfer vor Ort. Trotzdem hat es leider ganz knapp nicht für eine Fortsetzung von Schwarz-Gelb gereicht. Den Unterschied machten letztendlich ein paar Hundert Stimmen – obwohl die Koalition wenige Wochen vorher noch über zehn Prozent zurücklag. Was die Bundestagswahl anbetrifft, bin ich des-

halb sehr zuversichtlich, dass die FDP wieder mit CDU und CSU die Regierung bilden kann. Unsere Bilanz kann sich sehen lassen, Rot-Grün bietet hingegen einen Horrorkatalog an Mittelstandsbelastungen sowie unfinanzierbaren und deshalb unverantwortlichen Mehrausgaben des Staates in zweistelliger Milliardenhöhe.

**Wird die FDP ohne Leihstimmen den Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde schaffen?**

**VOGEL:** Union und FDP werden jeweils für ihre Positionen werben. Die FDP wird dabei auf ihr eigenes Wählerpotenzial setzen. Mich hat in der Berichterstattung der Begriff „Leihstimmen“ sehr geärgert. Da wird suggeriert, dass eine Partei einer anderen Partei Stimmen leiht. Dabei sind es die mündigen Bürger, die von Wahl zu Wahl entscheiden und eben wie in unserem Wahlrecht möglich ihre Erst- und Zweitstimme unterschiedlichen Parteien geben. Sie erwarten sich manchmal davon eine bestimmte Konstellation, was völlig in Ordnung ist. Selbst wenn man die Wählerwanderung von Union zu FDP komplett abzieht oder einen durchschnittlichen Splittingwert verschiedener Wahlen und Parteien fiktiv zugrunde legt, hätte die FDP in Niedersachsen übrigens ein Ergebnis über

sieben Prozent erreicht. Davon abgesehen: Im Gegensatz zu CDU und CSU steht die FDP für einen klaren ordnungspolitischen Kurs und für Haushaltskonsolidierung ohne Wenn und Aber. Das ist und bleibt ein Alleinstellungsmerkmal der FDP, das sie für viele Wähler attraktiv macht.

**Was fällt Ihnen ad hoc ein, wo Union und FDP sich im Bereich der Arbeitsmarktpolitik unterscheiden?**

**VOGEL:** Zum Beispiel im Umgang mit qualifizierter Einwanderung zur Deckung von Teilen des Fachkräftebedarfs. Zwar haben wir gemeinsam bereits die Vorrangprüfung für Mangelberufe ausge-



Foto: Kozimi / Fotolia

Die Liberalen wollen das Arbeitssuchvisum zu einem vollständigen Punktesystem weiterentwickeln.

## STECKBRIEF

### Johannes Vogel, MdB

Mit knapp 31 Jahren gehört Johannes Vogel zu den jüngsten Abgeordneten des deutschen Bundestages, dem er seit Oktober 2009 angehört. Der studierte Politikwissenschaftler ist arbeitsmarktpolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion. Seine politische Laufbahn begann er bei den Jungen Liberalen, deren Bundesvorsitzender er zwischen 2005 und 2010 war. Vogel lebt im Sauerland und in Berlin.

setzt und die Gehaltsgrenzen abgesenkt, doch das musste großen Teilen der Union hart abgerungen werden, und die FDP will in der nächsten Legislatur noch weiter gehen. Im Gegensatz zu CDU/CSU wollen wir das eingeführte Arbeitssuchvisum zu einem klaren und vollständigem Punktesystem nach dem Vorbild von Kanada und Australien weiterentwickeln. Die Einwanderungserlaubnis soll aufgrund der Arbeitsmarktlage gesteuert und die Arbeitserlaubnispflicht bei rechtmäßigem Aufenthalt gestrichen werden. Zudem will die FDP analog zur Regelung für Studenten, die für ein Studium nach Deutschland kommen, auch Auszubildenden aus Drittstaaten, die eine Lehre in Deutschland absolvieren wollen, die Chance auf einen Aufenthaltstitel einräumen. Bei diesen Fragen zeigt die Union meist doch noch eine ganz andere Grundhaltung.

**Die Oppositionsparteien bauen ihre Wahlkampfstrategie auf der These auf, dass es in unserer Gesellschaft alles andere als gerecht zugeht. Wer wie die FDP nicht weitere Umverteilung anstrebt, läuft Gefahr, als „sozial kalt“ zu gelten.**

**VOGEL:** Die FDP steht für eine finanzierbare und deshalb nachhaltige Sozialpolitik. Die wichtigste Voraussetzung dafür ist ein gesunder Arbeitsmarkt: Je besser die Situation auf dem Arbeitsmarkt, desto mehr Einstiegschancen für mehr Menschen. Dem offenen und mittlerweile recht flexiblen Arbeitsmarkt in Deutschland ist etwa die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit in ganz Europa zu verdanken. Ebenso ist in den letzten fünf Jahren die Zahl der Hartz-IV-Empfänger um eine Million zurückgegangen und zugleich müssen sich in den letzten Jahren immer weniger Menschen mit einem Niedriglohn abfinden. Die durchschnittlichen Einkommen sind 2005 bis 2010 in Westdeutschland real um vier Prozent und in Ostdeutschland um 20 Prozent gestiegen. Wir geben uns damit jedoch nicht zufrieden und arbeiten deshalb weiter daran, die Aufstiegsperspektiven im Arbeitsmarkt zu verbessern, indem wir die Möglichkeiten für Qualifikation und



Die Einwanderungserlaubnis soll aufgrund der Arbeitsmarktlage gesteuert werden.

Weiterbildung massiv ausweiten. Ich denke, wir haben also sehr gute Argumente, den Vorwurf der sozialen Kälte eindrucksvoll zu widerlegen.

**Hat die FDP keine Wahlgeschenke anzubieten?**

**VOGEL:** Ich bin mir ziemlich sicher, dass auch die meisten Wähler keine Wahlgeschenke von der Politik erwarten. Ganz im Gegenteil: Immer mehr Menschen begreifen, dass uns heute die Schulden aus teuren Wahlgeschenken von einst den Raum für wirklich notwendige Investitionen in Bildung und Infrastruktur nehmen. Wir machen deshalb die ‚schwarze Null‘ zu einem zentralen Wahlkampfthema. Die Koalition wird auf Druck der FDP noch in diesem Jahr einen strukturell ausgeglichenen Bundeshaushalt 2014 vorlegen – wann hat es das zuletzt gegeben? Dies ist notwendig, denn die europäische Staatsschuldenkrise hat gezeigt, was passiert, wenn der Staat dauerhaft über seine Verhältnisse lebt. In der kommenden Legislaturperiode wollen wir diese Politik fortsetzen und staatliche Überschüsse erwirtschaften, die dann für die Tilgung der Altschulden, Entlas-

tungen der Bürgerinnen und Bürger und Zukunftsinvestitionen verwendet werden können.

**Die Opposition will deshalb große Vermögen stärker in die Pflicht nehmen.**

**VOGEL:** Dabei zeigen uns die Steuerrekordeinnahmen doch einmal mehr: Der Staat hat definitiv kein Einnahmeproblem. Im Jahr 2012 standen Bund, Ländern und Gemeinden rund 600 Milliarden Steuereinnahmen zur Verfügung – so viel wie nie zuvor. In Wahrheit geht es der Opposition doch nicht um solide Haushaltspolitik, sondern darum, die Menschen zu schröpfen, um die Mittel dann für neue Schein-Wohltaten und Zwangsbeglückung zu verwenden.

**Herr Vogel, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.** ■

#### KONTAKT

**Holger Wuchold**  
VDMA-Hauptstadtbüro  
Telefon +49 30 306946-19  
holger.wuchold@vdma.org